

Solidarität und Demokratie – Für eine starke LINKE im nächsten Bundestag!

Leitantrag

(Beschluss der 3. Tagung des 3. Landesparteitages
der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 17. November 2012)

1. Demokratie braucht Widerspruch!

Wo die Politik vor Wirtschaftsinteressen kapituliert, nehmen die Menschen ihre Geschicke selbst in die Hand. Streikende fordern ihren Anteil am Unternehmensgewinn und wehren sich gegen das zunehmende Lohndumping. Lehrerinnen und Lehrer demonstrieren für ausfinanzierte Schulen und für die Einstellungen neuer Kollegen. Die Menschen sind wieder auf der Straße – gegen ACTA und Bankenmacht, gegen Milliardenprojekte für die Bauindustrie, gegen alte und neue Nazis, gegen den Verkauf der Stadtwerke und die Verteuerung der Mieten.

DIE LINKE ist Teil dieses bürgerschaftlichen Aufbruches und zahlreicher Proteste. Sie ist Stimme in den Parlamenten und vertritt damit auch diejenigen, die sich gegen die Zumutungen der Regierenden nicht mehr wehren. Die Ohnmächtigen, die Abgehängten, die Deklassierten – oft haben sie das Vertrauen in die eigene Stärke verloren. Ohnmacht und Protest sind gleichermaßen Reaktionen auf eine zunehmende soziale Ungerechtigkeit, die Schleifung des Sozialstaates und eine Demokratieentleerung in Zeiten der Finanzkrise. DIE LINKE bleibt die Partei, die den Zusammenhalt der Gesellschaft verteidigen, Gerechtigkeit und Solidarität durchsetzen und ausbauen will.

Kapitalistische Krise und Wandel der Arbeitswelt, Digitalisierung und Technisierung aller Lebensbereiche, Liberalisierung und Globalisierung – Chancen und Bedrohungen, Potentiale und Abstürze existieren parallel zueinander. Die Bundestagswahl im nächsten Jahr wird über die bundesdeutsche Politik der nächsten Jahre und damit maßgeblich auch über die sozialen Bedingungen im gesamten europäischen Raum bestimmen.

Für uns stehen dazu folgende Forderungen im Vordergrund:

- eine **solidarische und demokratisch legitimierte Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik für Europa** in der Krise,
- aus der Sicht der strukturschwachen Ostländer die **Förderung sozial-ökologischer Strukturpolitik sowie das Umdenken in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik** zur Bekämpfung zunehmender sozialer Deklassierung ganzer Generationen,
- Ausfinanzierung und Qualifizierung **umfassender, inklusiver und allgemein zugänglicher Bildung** als Schlüsselressource,
- **demokratische Gestaltung digitaler Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten und Schutz vor Repression und Überwachung** auch im digitalen Zeitalter,
- **internationale Friedenssicherung und Abrüstung.**

DIE LINKE steht für realistische und zeitgemäße Lösungen großer und kleiner Probleme, die Menschen bewegen. Wir müssen sie aufnehmen, pragmatische und überzeugende Lösungen anbieten und diese mit möglichen Bündnispartnerinnen und -partnern, aber auch mit Wählerinnen und Wählern diskutieren. Wir treten für einen Richtungswechsel in der Politik in Deutschland 2013 ein.

Die Finanzkrise macht den Menschen nicht nur Angst, sie eröffnet auch Räume der Kritik und der Debatte. DIE LINKE lädt ein, um Neues zu denken und solidarisch zu leben – mit außerparlamentarischen Linken, Initiativen und Einzelengagierten, Kunschtchaffenden und Aktivisten. DIE LINKE verweigert sich nationalistischer Abschottung und Sündenbockrhetorik zu Lasten der Schwächsten. Kapitalismus bleibt das ursächliche Problem. Wir brauchen eine andere Form des Zusammenlebens, ohne Zerstörung der natürlichen Ressourcen, ohne die Zurichtung des Menschen in Hierarchien, in der Lohnarbeit und der Konkurrenz, ohne die Maxime des Profites, in der Gewinner zwangsläufig immer Verlierer produzieren.

2. Solidarität in Europa!

In Spanien, Griechenland oder Italien kämpfen die Menschen um ihr täglich Brot und ihre Zukunft. Sie stemmen sich verzweifelt gegen die Zumutungen der europäisch-deutschen Krisenpolitik. Wem wird geholfen, den Banken oder den Menschen? Finanzspritzen der Europäischen Union (EU) sind an die Bedingungen rigider nationaler Sparmaßnahmen geknüpft. Allein in Griechenland sackte das Bruttosozialprodukt um 20 Prozent ab, ein einmaliger Vorgang in der Nachkriegszeit. Die Jugendarbeits-

losigkeit hat sich in Europa seit 2008 verdoppelt. Renten schrumpfen, Arbeitsplätze schwinden, Medikamente verteuern sich – Selbstmorde nehmen zu. Die Lebensmittelkonzerne verkleinern Verpackungen und passen ihre Produkte an, damit der Einkauf vermeintlich billiger wird. Die Armut ist nach Europa zurückgekehrt.

Auch in Deutschland fürchten die Menschen um ihren Lebensstandard und die Chancen für sich und ihrer Kinder. Dabei steht der Exportmeister Deutschland bisher noch besser da als seine Nachbarn. Aber wer kauft Autos, Werkzeug, Kühlschränke, wenn das Geld knapp ist – hier wie da in Europa? Deutschlands Niedriglohnpolitik hat uns zum Gewinner im europäischen Binnenhandel gemacht – unsere Waren sind zuerst die Konsumgüter und dann auch die Schulden in Europa geworden.

Die Finanzkrise wird uns lange in Atem halten. Die Krisenpolitik wird Teil des Bundestagswahlkampfes der Parteien, in dem nationale Interessen gegen europäische Interessen abgewogen werden. DIE LINKE hat sich dem Gerede vermeintlicher Alternativlosigkeit entzogen. Milliardengeschenke an die Banken, rigide Sparpolitik für Europa und Deutschland – wir sagen „So nicht!“. DIE LINKE sagt Nein zum Fiskalpakt, der die Länder Europas dazu zwingt, die sozialen Sicherungssysteme zu zerschlagen. Der europäische Fiskalpakt sichert die Interessen der Finanzmärkte anstatt Wirtschaft und Finanzen zu stabilisieren – wie es der eigentliche Titel „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ suggeriert.

DIE LINKE hat gegen diese Art der Finanzpolitik geklagt, weil sie mit unerbittlichem Schuldenabbau die Länder in eine Abwärtsspirale zwingt. Ein Auseinanderbrechen der EU kann keine Lösung sein. Wir sagen Nein zum Fiskalpakt und zur Schuldenbremse, die auch für Deutschland bindend ist. Sie bleibt realitätsfern, solange sich nichts an der Einnahmesituation des Staates verändert. Die Krisenlösung von Merkel ist keine Lösung für Millionen, sondern Beruhigungsspiel für die Finanzmärkte. Und die SPD macht mit. Wie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sie dem Fiskalpakt zugestimmt und die kritischen Stimmen in den eigenen Reihen mundtot gemacht.

DIE LINKE will Politik für Menschen, nicht für Märkte. Die Finanzmärkte dürfen den Mitgliedsstaaten der EU nicht weiter ihre Regeln diktieren, deshalb braucht Europa **eine solidarisch abgestimmte und demokratisch legitimierte Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik.**

Nur gemeinsam wird die EU die Krise meistern und dazu gehört dringend die längst überfällige **Regulierung der Finanzmärkte, dazu gehört auch die Finanzmarkttransaktionssteuer.**

Die Einnahmesituation der Länder muss sich ändern, die Profiteure der Krise müssen endlich an den Kosten beteiligt werden. Gemeinsam mit einem Bündnis aus Sozialverbänden, Gewerkschaften, Attac und NGOs fordern wir die Einführung einer **Vermögenssteuer und einer Vermögensabgabe – UmFAIRteilen jetzt!**

Nur mit einer abgestimmten Wirtschaft- und Arbeitsmarktpolitik kann den europäischen Ungleichgewichten begegnet werden. Dazu gehören in Deutschland auch die Stärkung der Kaufkraft und die Beteiligung an den Gewinnen für die, die sie erarbeitet und ermöglicht haben.

3. Von Arbeit muss man leben können!

Sachsen-Anhalt ist nicht nur das Land der Frühaufsteher. Sachsen-Anhalt ist auch das Land der Niedriglöhner. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind weiterhin konfrontiert mit Billiglöhnen, schlechten Arbeitsbedingungen, einer weiter zunehmenden Arbeitsverdichtung. Die Leiharbeit ufer aus und wird noch verstärkt durch die aktuelle Praxis von Werkverträgen. Trotz guter Qualifikation arbeitet fast ein Viertel aller Erwerbstätigen in unserem Bundesland für Niedriglohn. Bei den jungen Erwerbstätigen (bis 24 Jahre) ist es sogar die Hälfte. Das regierungsamtliche Gerede vom „Job-Boom“ in Sachsen-Anhalt wird auf ihrem Rücken ausgetragen. Hierzulande wird mit am wenigsten gezahlt – daraus folgt die niedrigste Kaufkraft je Einwohner im gesamten Bundesgebiet.

Zwar ist die offizielle Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt gesunken. Der Grund hierfür ist aber nicht eine Politik für Wachstum und Wohlstand, sondern die Tatsache, dass weniger Jugendliche in den regionalen Arbeitsmarkt eintreten und eine erhöhte Zahl von Beschäftigten in den Ruhestand ging. Die angeblich positive Entwicklung am Arbeitsmarkt resultiert in vielerlei Hinsicht gerade aus der Zunahme bei der Leiharbeit und von Werkverträgen. Die überwiegende Mehrzahl junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeitet mittlerweile befristet oder in Leiharbeit. Kaum ist in der Leiharbeit eine Lohnuntergrenze festgelegt worden, versuchen Unternehmen mit dem neuen Lohndumpingmittel Werkvertrag und betrieblichen Ausgliederungen das Lohngefüge nach unten zu drücken bzw. unten zu halten. Gerade junge Menschen sind hiervon betroffen. Ihnen wird somit bewusst die Chance genommen, ihr Leben zu planen. Nach nicht einmal drei Monaten ist für über die Hälfte der Leiharbeiter bereits wieder Schluss im Job. Danach heißt es wieder zurück in Hartz IV oder in ein anderes schlecht bezahltes Arbeitsverhältnis.

Unsicherheit und Perspektivlosigkeit vertreibt Menschen. Sie verlassen Sachsen-Anhalt, um woanders einen besseren Job zu finden, von dem sie leben und eine Familie gründen können. Entscheidend für die Abwanderung junger Menschen aus Sachsen-Anhalt sind wesentlich ihre Einkommensperspektiven.

Die Politik der Landesregierung heißt „Arbeit um jeden Preis“. Ihr Job-Boom ist ein Boom der ständigen Angst um Arbeit und Einkommen. Sie setzt nicht auf gute, sondern auf unsichere und schlecht bezahlte Arbeit. So drückt die Niedriglohn-Politik das allgemeine Lohnniveau nach unten. Dies ist unsozial, volkswirtschaftlich schlecht und vertreibt vor allem junge Menschen aus Sachsen-Anhalt und produziert in wachsendem Maße Angst vor Altersarmut.

DIE LINKE will diese Politik durchbrechen. Die Interessen der Menschen, die ihr Einkommen aus Arbeit und nicht aus Kapital beziehen, sind wieder auf die politische Agenda zu setzen. Die Politik der „Arbeit um jeden Preis“, die Normalität der Befristung und Prekarität der Arbeitsverhältnisse wollen wir beenden – in Sachsen-Anhalt und bundesweit. Unser Gegenmodell ist ein **neues Normalarbeitsverhältnis, das Modell „guter Arbeit“**: Unbefristet, gut bezahlt, gleich verteilt zwischen den Geschlechtern, mit Mitbestimmung und Beteiligungsrechten am Produktionsprozess versehen, flexibel für Beschäftigte, nicht nur für die Unternehmen. Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir setzen auf schrittweise Arbeitszeitverkürzung und eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Verteilung von Arbeit.

DIE LINKE will mehr Mitbestimmung und eine stärkere Tarifbindung

Betriebsräte sorgen dafür, dass die Beschäftigten im Betrieb mitbestimmen und ihre Interessen durchsetzen können. Sie setzen sich für gerechte Einkommen und sichere Tarifverträge sowie die Möglichkeit, sich weiterzubilden, ein. Betriebsräte kämpfen für Standort- und Beschäftigungsgarantien sowie für innovative Konzepte der Zukunftssicherung. Gerade in der Krise zeigten aktive Betriebsräte, dass Mitbestimmung sich lohnt und sich diese Form der Mitbestimmung bewährt hat. Nur 38 Prozent der Beschäftigten in Ostdeutschland werden von einem Betriebsrat vertreten.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften forcieren wir die Bildung von Betriebsräten und sorgen so für mehr Demokratie und Mitbestimmung in den Unternehmen.

Gebrochene Arbeitsbiographien sind lange nicht mehr Phänomen des politisch-ökonomischen Umbruchs 1989, sondern Realitäten einer strukturverändernden wissensbasierten Produktionsweise, die immer weniger Menschen in Lohnarbeit im Produktionsbereich braucht.

DIE LINKE fordert eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit. Dazu sind Bedingungen zu schaffen, die Eltern und Kindern mehr gemeinsame Freizeit ermöglichen. Arbeitszeit und Schichtregime sind an die Bedürfnisse des Familienlebens anzupassen und nicht umgekehrt. Wir schlagen vor einen zusätzlichen **arbeitsfreien Tag je Kind und Jahr für die Sorgeberechtigten**; bei Alleinerziehung zwei arbeitsfreie Tage je Kind und Jahr zu schaffen.

Kombilohnmissbrauch wollen wir bekämpfen, weil damit der Staat die Gewinne von Unternehmen subventioniert. Wir wollen, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer existenzsichernde Löhne erhalten. Dazu unterstützen wir die Tarifpolitik der Gewerkschaften mit den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. Denn um „gute Arbeit“ durchzusetzen, brauchen Beschäftigte starke Gewerkschaften und gesetzliche Absicherungen.

Von Unternehmen, deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgrund von sitten- und tarifwidrigen Löhnen aufstockend Leistungen beim Jobcenter beziehen müssen, wollen wir diese Leistungen konsequent zurückfordern (§ 33 SGB II).

Wir sagen: **Billiglohnunternehmen zur Kasse!**

Um „gute Arbeit“ in einem neuen Normalarbeitsverhältnis durchzusetzen, brauchen Beschäftigte starke Gewerkschaften und gesetzliche Absicherungen. Aufgrund dieser besonderen **gesellschaftspolitischen Rolle sind die Gewerkschaften herausgehobener Bündnispartner** linker Reformpolitik in der Arbeitswelt. Unsere Vorschläge verstehen sich dabei als eigenständige Angebote. Gewerkschaftliche Erfahrungen wollen wir aufgreifen und gemeinsam diskutieren.

Wir wollen einen **flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 Euro** einführen. Landesvorstand und Landtagsfraktion haben hierbei die Aufgabe, gemeinsam mit allen Kreis- und Basisverbänden weiterhin dafür zu kämpfen und zu argumentieren.

Für strukturschwache Regionen, sowohl in Ost und West, bedarf es einer Arbeitsförderung, die Perspektive für den Einzelnen und für die Gesellschaft schaffen. Ohne neue Modelle gesellschaftlich sinnvoller Arbeit, sozialversicherungspflichtig und ohne Zwang droht in ganzen Landstrichen der soziale Abstieg.

Von besonderer Dringlichkeit sind für uns die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Forderungen, die sich mit den Realitäten innerhalb der strukturschwachen Regionen in Ost und West auseinandersetzen:

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt fördert den **Ausbau eines Öffentlichen Beschäftigungssektors** unter sozial-ökologischen Kriterien. Ohne neue Arbeitszeitmodelle und Förderinstrumente ziehen verfestigte Arbeitslosigkeit Bildungs- und Altersarmut nach sich. Diese Logik gilt es zu durchbrechen. Nicht die private Zusatzrente der CDU rettet die Leute in naher Zukunft vor der Verelendung, sondern nur eine gerechte und politisch flankierte Verteilung von Bildungschancen, kulturellen Zugängen und gut bezahlter Erwerbsarbeit.

Wir erkennen an, dass langjährig verfestigte Massenarbeitslosigkeit in strukturschwachen Regionen Sachsen-Anhalts Muster von Deklassierung, Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit hervorgebracht haben, die bereits an die nächste Generation weitergegeben werden. Damit finden wir uns nicht ab. Wir setzen auf kontinuierliche Bildungs- und Fortbildungsangebote für Menschen in sozialer Prekarität, zudem auf Formen staatlich unterstützter kollektiver Selbstermächtigung und Teilhabeaktivierung: Wir wollen in diesen **Regionen gemeinwohlorientierte öffentliche Beschäftigung und soziale Nahraumprojekte fördern. Wir lassen niemanden zurück.**

Wir wollen, dass alle Beschäftigungsverhältnisse sozialversicherungspflichtig gestaltet werden.

Solange Leiharbeit nicht wieder verboten ist, wollen wir sie im Arbeitnehmer-überlassungsgesetz streng regulieren: Wir wollen den Equalpay-Grundsatz ohne Leiharbeitstarifvorbehalt durchsetzen: Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter müssen vom ersten Tag an genauso bezahlt werden und dieselben Arbeitsbedingungen erhalten wie ihre festangestellten Kolleginnen und Kollegen. Wir wollen zudem regeln, dass für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter unmittelbar die Mitbestimmungsrechte des Entleihbetriebs gelten.

Wir wollen **öffentliche Aufträge und Subventionen** nur noch an Unternehmen und Zuschüsse nur noch an freie Träger vergeben, die gute Arbeit, geschlechtliche und weltanschauliche Diskriminierungsfreiheit, betriebliche Mitbestimmung sowie tarifliche und ökologische Standards garantieren. Das gilt insbesondere auch für religiöse Tendenzbetriebe.

Wir wollen eine Änderung der Kriterien für die **Fördermittelabgabe** hinsichtlich des Zuwachses an Arbeitsplätzen, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, der Sicherung von „guter Arbeit“ sowie nachhaltig verminderten Verbrauch an Energie und Rohstoffen.

Öffentliche Förderung von Unternehmen soll nicht nur an die Zahl von Arbeitsplätzen, sondern auch an die Qualität von Arbeit gebunden werden. Das bedeutet für uns z.B. faire, leistungsgerechte Bezahlung, die Schaffung von unbefristeten Vollzeit-arbeitsplätzen oder die Frage nach der Gewährung von Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich einen Betriebsrat zu wählen. Diese ausgewählten Aspekte bilden keine abschließende Auswahl, sondern sind durch weitere soziale und ökologische Kriterien zu ergänzen. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist es unerlässlich, durch klare Regelungen und Überschaubarkeit in den Förderkriterien die Antragstellung zu erleichtern.

4. Von Arbeit muss man leben können, ohne Arbeit auch!

Die letzten zehn Jahre deutscher Sozialpolitik waren von einer Welle beispiellosen Abbaus sozialer Standards geprägt: Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, eine Hartz IV-Gesetzgebung, die Millionen von Menschen monatlich entwürdigenden Prozeduren unterzieht, um ihre Existenz zu sichern, faktische Rentenkürzung durch Anhebung des Renteneintrittsalters, Praxisgebühr und erhebliche Zuzahlungen bei Arztbesuchen und für Medikamentenerwerb.

Hartz IV hat die bestehende solidarische Arbeitslosenversicherung zerstört. Durch Beitragszahlung erworbene Ansprüche, die im Falle von Arbeitslosigkeit Lebens-

standard und Berufsschutz sichern, wurden geschliffen. Rot-Grün hat mit Hartz IV ein gigantisches Armutsverwaltungssystem geschaffen, in dem Menschen darauf angewiesen sind, sich bei Bezug von Leistungen, die kaum die Existenz sichern, einem entwürdigenden und bürokratischen Verfahren zu unterwerfen. In Bedarfsgemeinschaften zusammengefasst werden sie und ihre Familien monatlich penibel auf Einkommen, Wohlverhalten und Bereitschaft zur Annahme jedes noch so schlecht bezahlten Jobs geprüft.

Rot-Grün und folgend Schwarz-Rot hat zudem die solidarische Rentenversicherung ruiniert. Die herrschende Politik verfolgt das Dogma niedriger Rentenbeiträge. Dieses nutzt den Unternehmen, da sie hierdurch ihren paritätischen Beitragsanteil verringern. Gleichzeitig bewirken geringere Beitragszahlungen, dass die Renten bis in Kernarbeitnehmerschichten hinein nicht mehr existenzsichernd sind.

Die Entlastung der Unternehmen aus ihrer Verpflichtung, existenzsichernde Löhne zu zahlen und sich anteilig an den Kosten der Sozialversicherungssysteme zu beteiligen, bürdet Bund, Land und Kommunen immense Folgekosten aus Steuermitteln auf: gegenwärtig durch notwendige Hartz IV-Leistungen, da Ansprüche aus Arbeitslosengeld I nicht mehr bestehen oder gar zur Erwerbstätigkeit mit Hartz IV „aufgestockt“ werden müssen, zukünftig durch notwendige Altersgrundsicherung, da der Rentenanspruch nicht zum Leben reicht.

Für DIE LINKE bleibt die Basis gesellschaftlicher Entwicklung Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Das heißt zuerst: Wir wollen **die sozialen Sicherungssysteme reparieren**. Zugleich fordern wir da, wo diese den Lebensrealitäten und Bedürfnissen nicht mehr entsprechen, eine soziale Sicherung für jedermann, die nicht unterschritten werden kann. **Mindestlohn, Mindestrente und eine bedarfsdeckende, sanktionsfreie Mindestsicherung** sind für uns notwendige Haltelinien in einer sozial bereits tief gespaltenen Gesellschaft. Nicht zuletzt wollen wir die Unternehmen, die sich durch die Politik der letzten Jahre ihrem Anteil an der Finanzierung sozialer Risiken entziehen konnten, vorsorgend und ausgleichend wieder heranziehen.

Darüber hinaus suchen wir mit Mitgliedern, AnhängerInnen und gesellschaftlichen BündnispartnerInnen Möglichkeiten einer grundsätzlichen emanzipatorischen Umgestaltung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, für mehr Selbstbestimmung, Teilhabe und soziale Gleichheit. Gemeinsam mit ihnen diskutieren wir kontrovers Möglichkeiten und Probleme von Modellen des Ausbaus beitrags- und steuerbasierter Grundsicherungssysteme, eines „bedingungslosen Grundeinkommens“ und radikaler Arbeitsumverteilung. So entwickeln wir Visionen für eine Gesellschaft, in der „gute Arbeit“ und „gutes Leben“ zueinander gehören.

Wir wollen den **Renteneintritt wieder auf 65 Jahre senken** und für stark belastete Berufsgruppen bzw. Kranke sogar noch eher (ohne Abschlüsse) ermöglichen. Wir wollen den **Berufsschutz durch Berufsunfähigkeitsrente** wieder herstellen.

23 Jahre nach staatlicher Einheit Deutschlands sind ungleiche Renten in Ost und West unter keinem Gesichtspunkt mehr zu rechtfertigen. Wir wollen die **sofortige Angleichung der Ost- und West-Rentenanwartschaften** herstellen.

Energiewende umfassend mit Leben erfüllen

Ohne Versorgung mit Energie ist unser Leben nicht denkbar. Für die LINKE ist sie Teil der Daseinsvorsorge. Die Nutzung unserer bisherigen Energiequellen wie Kohle, Öl und Gas haben maßgeblich zum Klimawandel mit allen seinen bedrohlichen Folgen geführt. Die weltweite Verknappung dieser Energieträger führt zu ständig steigenden Beschaffungskosten und immer bedenklicheren Gewinnungsmethoden. Ihre ungleiche Verteilung über die Erde verstärkt die Gefahr von Ressourcenkriegen. Reste der Atomenergienutzung können nicht wirklich dauerhaft sicher verwahrt werden.

Es ist also höchste Zeit, den Umstieg auf erneuerbare Energien umfassend umzusetzen, auch wenn uns fossile Energie noch begleiten wird. Ihre Bedeutung muss mittelfristig abnehmen, denn nur so gibt es eine Chance, die notwendige Verringerung des Treibhausgasausstoßes um 55 Prozent bis 2030 zu erreichen.

Erneuerbare Energien bieten uns in verschiedener Hinsicht neue Möglichkeiten. Ihr Angebot ist weltweit vorhanden und nahezu unbegrenzt. Damit wird eine regional orientierte Energieversorgung wirksam, die die Macht der großen Energiekonzerne bei Erzeugungsstrukturen und Kosten brechen kann. So entsteht kein „grüner Kapitalismus“ in alten Strukturen, sondern ein wichtiger Baustein des sozial-ökologischen Umbaus wird Realität. So können Arbeitsplätze mit wirklich „guter Arbeit“ entstehen.

Dazu brauchen wir:

- Energiesparen durch effiziente Nutzung, aber auch durch Veränderungen des Lebensstiles
- weiteren Zubau an Kapazitäten für Strom- und Wärmeerzeugung aus Wind, Sonne, Wasser, Erdwärme und Reststoffbiomasse
- Dabei sollen besonders Bürgerkraftwerke oder Energiegenossenschaften eine Beteiligung jedes Bürgers ermöglichen.
- Stadtwerke, unter deren Regie diese regionale Versorgung realisiert werden kann
- Sozialtarife, die auch Geringverdienerinnen und Geringverdiener nicht der Energiearmut aussetzen
- Netze, die in öffentlicher Hand sind
- gezielten, zügigen Netzausbau, der sich an der entstehenden regionalen Erzeugungsstruktur orientiert
- Förderung für Energiespeicherforschung und Pilotprojekte
- Förderung für energetische Gebäudesanierung

Bezahlbares Wohnen ist Menschenrecht

DIE LINKE wird weiterhin dafür streiten, das Grundrecht auf Wohnen ins Grundgesetz aufzunehmen.

Gutes, sicheres und bezahlbares Wohnen ist als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge für alle zu gewährleisten. Wir setzen uns für die Stärkung kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungsunternehmen ein und lehnen den Verkauf von deren Wohnungsbeständen oder Krediten an renditegetriebene Investoren ab.

Die Höhe der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft muss die tatsächliche Kostenentwicklung widerspiegeln und darf nicht wie bisher nach der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften berechnet werden. Diese Praxis führt zu einer nicht zu rechtfertigenden Mehrbelastung der Kommunen.

Energetische Modernisierungen sollen sich kostenneutral auf die Bruttowarmmiete auswirken. Wir treten daher für die Erweiterung der Bundesförderprogramme zur Energieeffizienzverbesserung zugunsten der Wohnungsunternehmen ein.

Das Mietrecht ist im Sinne des Verbraucherschutzes weiterzuentwickeln.

Mieterhöhungen ohne Wohnwertverbesserungen nach Modernisierungen lehnen wir ab, das gilt auch bei Neuvermietungen.

Gesundheit ist keine Ware

Die Leistungen des Gesundheitswesens müssen uneingeschränkt der bedarfsgerechten, flächendeckenden, wohnort- und zeitnahen gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung dienen und allen Menschen, unabhängig von ihrer sozialen, finanziellen und aufenthaltsrechtlichen Situation zur Verfügung stehen. Wir wollen nicht nur die Praxisgebühr sondern auch die Zuzahlungen abschaffen.

5. Bildung als Schlüsselressource!

Bildung, Anerkennung, ein auskömmliches Einkommen schafft mündige Bürgerinnen und mündige Bürger. Bildung kann Menschen befähigen, gesellschaftliche Zustände zu kritisieren und durch demokratische Mitbestimmung an ihrer Veränderung teilzuhaben. Der barrierefreie Zugang zu Wissen und Information, die Fähigkeit mit Widersprüchlichkeit und Problemen konstruktiv umgehen zu können, ein gewaltfreier Umgang mit Krisen und Konflikten – alles das sind Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben. Gute Bildung für alle Menschen, gleich welchen Alters, welchen Geschlechts, welcher sozialer, kultureller, religiöser oder ethnischer Herkunft ist und bleibt deshalb eine Kernforderung der LINKEN und ist Orientierung für unser politisches Handeln und Gradmesser politischen Erfolges.

Frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten gehört zu den entscheidenden Startbedingungen für gelingendes Lernen ein ganzes Leben lang. Gerade für Kinder, die in ihren Familien nicht ausreichend über die notwendigen Gelingensbedingungen verfügen, kann das Bildungsangebot der Kita den Weg ebnen, um Spaß und somit Erfolg beim Lernen zu erleben. Hier können Kinder einen respektvollen Umgang mit Unterschiedlichkeit lernen. Hier lernen sie miteinander und voneinander.

Diese Chance muss allen Kindern offen stehen. Es bedarf guter pädagogischer Rahmenbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher, damit sie den hohen Erwartungen und Herausforderungen, die an ihre Arbeit gestellt werden, gerecht werden können. Dazu gehören Zeit für pädagogische Überlegung und Planung, dazu gehört eine Personalausstattung, die Zuwendung und Aufmerksamkeit für alle Kinder möglich macht, dazu gehört vor allem die Verbesserung der Einkommenssituation. Investitionen in die frühkindliche Bildung sind Investitionen in die Zukunft einer Gesellschaft, in deren demokratische Verfasstheit und in deren sozialen Zusammenhalt.

Die schulische Bildungslandschaft verändert sich. Auch konservative Parteien diskutieren skeptisch über die Zukunft von Hauptschulen und Förderschulen. Es bahnt sich der Weg hin zu einem zweigliedrigen Schulsystem, mit Schulen für einen mittleren Schulabschluss und für den Weg zum Abitur. Für DIE LINKE bleibt das verbindliche Ziel von emanzipatorischen und zukunftsfähigen Schulreformen die Gemeinschaftsschule für alle Kinder. Unser Ziel ist und bleibt eine inklusive Schule. Wir halten erfolgreiches gemeinsames Lernen aller Kinder bei entsprechenden Rahmenbedingungen nicht nur für möglich, sondern im Sinne demokratischen, sozialen und respektvollen Miteinanders auch für nötig. Gleichheit in der Verschiedenheit sind zwei Seiten einer Medaille und gleichzeitig die Grundlage für eine wirklich demokratische und emanzipatorische Gesellschaft. Wenn Jugendliche und Erwachsene sich in ihrer Individualität und Besonderheit wertschätzen sollen, müssen sie das als Kind erleben können.

Diesen notwendigen Entwicklungen steht die fortschreitende Unterfinanzierung des Bildungssystems gegenüber. Die Länder haben sich weitgehend dem enormen Spardruck der Schuldenbremse unterworfen. Es fehlt an nötigem Personal und gut ausgebildetem Nachwuchs.

Die Finanzierung guter Bildung wird durch die Finanznot in den Kommunen weiter erschwert.

Die Hochschulreform ist ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht geworden. Die Studienbedingungen haben zu höherem sozialen und ökonomischen Druck geführt, nicht aber zu einer besseren europaweiten Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse. Der Masterstudiengang muss allen Studierenden offen stehen, sonst verkommt akademische Bildung zum Optimierungsprogramm für die Wirtschaft. Nicht die Exzellenzinitiative als Wettbewerb um knappe Fördermittel, sondern die individuelle Förderung des Einzelnen – ob Studierende/r mit Kind, mit Einschränkungen oder

Behinderungen, sozialen Benachteiligungen – muss Maßstab einer soliden Hochschulpolitik und -finanzierung sein.

Ein elternunabhängiges Bafög ist daher ein wichtiger und notwendiger Schritt, um die Studierenden während ihrer Studienzeit finanziell abzusichern. Weiterhin muss in Sachsen-Anhalt ein gebührenfreies Studium gewährleistet werden. Daher setzt sich DIE LINKE für die Abschaffung der Zweit- und Langzeitstudiengebühren ein.

Für uns steht in der Bildungspolitik im Vordergrund:

Das **Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung muss aufgehoben** und stattdessen eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz verankert werden.

Der Bund darf sich nicht auf die Förderung von Leuchttürmen und Prestigeprojekten zurückziehen, sondern muss für die Finanzierung eines **flächendeckend guten Bildungssystems** mit in die Pflicht genommen werden.

Die problemlose **Fortsetzung von Bildungswegen in anderen Bundesländern, die Anerkennung von Bildungsleistungen und Abschlüssen aus dem In- und Ausland sowie die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen**, die dem Landesrecht unterliegen, müssen bundesweit gewährleistet werden.

Der Wettbewerbsföderalismus muss durch einen **kooperativen Föderalismus** abgelöst werden, der sich an der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse und Bildungschancen in allen Bundesländern orientiert.

6. Digitale Gesellschaft - Digitale Demokratie?

Technische Innovationen sind eine Triebfeder gesellschaftlicher Entwicklung. Der rasante Fortschritt der Computer- und Kommunikationstechnologie der letzten Jahrzehnte korrespondiert mit der Beschreibung der Gesellschaft als Wissensgesellschaft: Neue und schnelle Formen der Kommunikation mit Bekannten und Unbekannten, das Internet als eine Hauptquelle der Informationsbeschaffung, neue Dimensionen von Erreichbarkeit und Interaktion im Privaten wie im Öffentlichen. Die Wissensgesellschaft ist digital.

Das Internet und die digitale Kommunikation bieten enorme demokratische Potentiale für den freien Zugang zu Informationen und die Schaffung von (Gegen)Öffentlichkeit, für die Schaffung von Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten, für Meinungsbildung, Meinungsaustausch und direkte demokratische Partizipation. Um diese Potentiale zu nutzen, müssen alle gleichberechtigt Zugang zum freien Internet haben. Die **Neutralität der Netze**, also ihre Blindheit gegenüber den in ihnen transportierten

Inhalten, muss ebenso gesetzlich festgeschrieben werden, wie Netzsperrern und staatliche Zensurmöglichkeiten ausgeschlossen werden müssen.

Breitbandversorgung sowie der individuelle Zugang zum Internet muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge werden, **internetfähige Hardware Teil des soziokulturellen Existenzminimums** und für Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen, beispielsweise für Hartz IV-Beziehende, erstattungsfähig. Der Kampf gegen die soziale Spaltung der Gesellschaft ist auch ein Kampf gegen die digitale Spaltung. Zugang beschränkt sich aber nicht auf Netzanschluss und Computer: Zugang heißt auch, dass Dokumente abruf-, les- und verwertbar sein müssen. DIE LINKE setzt sich für die **Weiterentwicklung und Umsetzung des Open Data-Gedankens** in Politik und Verwaltung ein: öffentliche Dokumente, Statistiken und Berichte sollten auch öffentlich abrufbar, in standardisierten Formaten maschinenlesbar und weiterverarbeitbar sein.

Die Digitalisierung der Gesellschaft stellt auch neue Herausforderungen an den Schutz personenbezogener Daten des Einzelnen: Freies Surfen im Internet ist ohne das Recht auf anonymes Surfen nicht möglich. Das **Bundesdatenschutzgesetz muss novelliert und ausgebaut** werden, um diesen Herausforderungen gerecht werden zu können. Der Grundsatz der Zweckbindung muss als zentrales Element bei der Datenerhebung gestärkt werden, um den Einzelnen wirksam vor nicht gewünschten Weitergaben seiner Daten an Dritte zu schützen. Unternehmen, die dem zuwider handeln, müssen beispielsweise durch eine gesetzliche Löschungspflicht, wirksam sanktioniert werden. Soziale Netzwerke spielen bei der Herstellung von Öffentlichkeit eine große Rolle. Gewollt und Ungewollt. **Die höchstmögliche Stufe der Privatheit** als Voreinstellung bei sozialen Netzwerken sollte ebenso Standard werden wie höchste Datenschutz- und -sicherheitsanforderungen.

Die Chancen der digitalen Gesellschaft können nur genutzt werden, wenn jede und jeder auch ihre Risiken einschätzen kann. Damit Menschen in der Lage sind, frei und selbstbestimmt über ihre persönlichen Daten zu entscheiden, müssen sie wissen, welche Spuren sie im Netz und in der digitalen Welt hinterlassen. Vor allem für Kinder und Jugendliche sind hier praxisorientierte Bildungsangebote notwendig. Dabei gilt: **Digitale Kompetenz braucht das Recht auf informationelle Selbstbestimmung!**

Die Vorratsdatenspeicherung als vermeintliches Mittel zur Terrorabwehr bedroht die Anonymität im Netz. Sie fügt sich damit in eine Reihe von Überwachungsmaßnahmen, die **Bürgerrechte** einem suggeriertem Mehr an Sicherheit opfern. Ob Telekommunikationsgesetz, Onlinedurchsuchung oder zuletzt Funkzellenabfrage und Meldegesetz: Alle bisherigen Regierungen trieben einen Raubbau an demokratischen Grund- und Freiheitsrechten, dem die LINKE gemeinsam mit vielen anderen entgegen tritt und treten wird.

7. Verfassungsschutz abschaffen - Demokratie verteidigen!

Dass Demokratie sich nicht mit undemokratischen Mitteln verteidigen lässt, zeigt der Blick auf den Verfassungsschutz: Als „Frühwarnsystem“ für Politik und Gesellschaft oft beschworen, ist die Institution Verfassungsschutz ein Relikt des Kalten Krieges und ein ideologisches Konstrukt. Seine Existenz und die ihm übertragenen Aufgaben gehen von einer Zweiteilung der Gesellschaft in Demokraten und Extremisten aus. Das geht an der Realität meilenweit vorbei: Vorstellungen der Ungleichwertigkeit von Menschen, ob Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Chauvinismus oder Homophobie sind in der sogenannten Mitte der Gesellschaft tief verwurzelt.

Die Angreifer auf Asylbewerberunterkünfte zu Beginn der 1990er Jahre – Rostock, Mölln, Solingen, Hoyerswerda, Quedlinburg – konnten sich der Unterstützung durch die ganz normale Bevölkerung sicher sein. Sie fühlten sich als legitimer Vollstrecker des Mehrheitswillens. Demokratiefeindliche Einstellungen finden sich in allen gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen. Alltagsrassismus, Beleidigungen und Diskriminierungen sind an der Tagesordnung. Zudem erlebten wir mit den Ereignissen in Insel eine offene Artikulation antidemokratischer Positionen und rechter Weltdeutungen durch die Zivilgesellschaft.

All das erfasst der Verfassungsschutz in seiner politischen Logik nicht. Selbst im eigentlichen Kern seines Aufgabenbereiches hat er versagt. Die beispiellose Mordserie des NSU verhinderte er nicht, leistete keinen Beitrag zur Aufklärung der Verbrechen. Wie weit mögliche Verstrickungen von V-Männern und der Behörde insgesamt reichen, ist heute noch nicht abzusehen.

Statt Warnungen vor neonazistischen Terrorstrukturen ernst zu nehmen, baute er über Jahre hinweg Pappkameraden vermeintlicher linker Extremisten auf. Eine effektive demokratische Kontrolle ist mit seiner Konzeption und Funktionsweise nicht vereinbar. Als Reaktion auf das Versagen der Sicherheitsbehörden sollen nun nicht etwa die bundesdeutsche Sicherheitsarchitektur im Allgemeinen und das Bundesamt für Verfassungsschutz im Besonderen kritisch hinterfragt und evaluiert werden. Allen bisherigen Verlautbarungen zufolge sind die Fortschreibung der Zentralisierung und die Übertragung weiterer Aufgaben und Kompetenzen geplant. Und selbst das System der V-Leute – untrennbar mit dem Prinzip „Quellenschutz statt Strafverfolgung“ verbunden – und wie die Untersuchung der NSU-Mordserie bereits jetzt zeigt, systembedingte Gefahr für die Demokratie und den Rechtsstaat, gilt als unverzichtbar. Dabei sind die Grenzen der demokratischen Kontrollmechanismen spätestens jetzt sichtbar geworden.

DIE LINKE will den **Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form deshalb abschaffen**. An seine Stelle sollen in Bund und Ländern nicht nachrichtendienstlich arbeitende **Informations- und Dokumentationsstellen für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie treten**. Diese sollen auf der Basis wissenschaftlicher

Arbeit die Dokumentation neonazistischer, rassistischer, antisemitischer und anderer gegen die Grundsätze der Verfassung gerichteten Aktivitäten und Einstellungen sowie ihrer strukturellen und öffentlichen Erscheinungsformen vornehmen.

Die Verteidigung der Demokratie und der **wirksame Kampf gegen Nazis** bedeuten eben nicht Arbeit an den vermeintlichen Rändern der Gesellschaft. Es heißt sich mit den **Opfern rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung zu solidarisieren**, es verlangt **Protest, wenn Nazis ihre menschenverachtenden Positionen** artikulieren wollen, es verlangt die **Stärkung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechts** und die stetige und langfristige Förderung und konzeptionelle Weiterentwicklung der **Beratungsstrukturen und Netzwerke gegen Rechts**. Es bedarf vor allem der Erfahrbarkeit von Demokratie. Nur wer politische Entscheidungen nachvollziehen kann, wer teilhaben und mitbestimmen kann, kann Demokratie als positiven Wert und konstitutives Element unserer Gesellschaft begreifen und verteidigen. Für **DIE LINKE ist die umfassende Demokratisierung aller Lebensbereiche** daher wesentliche politische Aufgabe, um die in den letzten Jahren vielfach konstatierte Krise der Demokratie zu überwinden.

8. Bürger- und Menschenrechte für alle!

Die Verteidigung der Demokratie verlangt auch zu widersprechen, wenn ressentimentgeladene politische Vorstöße die weitere Verschärfung der deutschen und europäischen Asylgesetzgebung fordern, um „die deutschen Sozialsysteme bis zur letzten Patrone gegen Zuwanderung zu verteidigen“ (Horst Seehofer). Denn die demokratische Verfasstheit einer Gesellschaft zeigt sich vor allem am Umgang mit den Schwächsten. Qua Gesetz sind dies in Deutschland vielfach Migrantinnen und Migranten, Asylsuchende und Flüchtlinge.

Sie sind einer Vielzahl von Sondergesetzen unterworfen, die allein auf ihrem Status als sogenannte Ausländer basierend ungleichwertige Lebensbedingungen zementieren. Ob Residenzpflicht, die zwar in Sachsen-Anhalt ausgesetzt in der Bundesgesetzgebung dennoch weiter vorgesehen ist, jahrelanges Leben in Sammelunterkünften, Arbeitsverbote oder die Angewiesenheit auf Gutscheinzuteilungen: Die Asyl- und Zuwanderungspolitik bleibt darauf gerichtet, nicht wirtschaftlich nützlich erscheinende Zuwanderung zu begrenzen. Die Lebensbedingungen sollen keine Zuwanderungsanreize liefern, wie es in konservativer Rhetorik kaum vermäntelnd heißt. Abschreckung statt Schutz bleibt die Grundausrichtung deutscher und europäischer Asylpolitik und wird es mit der geplanten Aufnahmegerichtlinie der Konferenz der EU-Innenminister mehr denn je: Sie will die Inhaftierung Asylsuchender europaweit massiv ausbauen und gesetzlich verankern. Menschen, die Schutz und ein Leben in Würde und Freiheit suchen, könnten damit jederzeit und überall in Haft genommen werden. Ihr einziges Verbrechen ist die Flucht. Wenn Grundrechte durch politische Entscheidungsträger infrage gestellt werden, ist die Demokratie in Gefahr.

DIE LINKE streitet für eine **Neuausrichtung der Zuwanderungspolitik, die sich statt an Kriterien wirtschaftlicher Verwertbarkeit an der universellen Gültigkeit der Menschenrechte** orientiert: Aufnahme statt Abschreckung, menschenwürdige Unterbringung, demokratische Teilhabe und Bürgerrechte für alle im Land sind ihre Leitmotive.

9. Frieden sichern!

Die Gründung der Europäischen Union hatte maßgeblichen Anteil daran, den Frieden zwischen den Mitgliedstaaten zu sichern. Diese Rolle ist nicht hoch genug einzuschätzen. Der Gedanke der europäischen Integration bleibt darum für uns unverzichtbar. Jedoch beteiligt sich die Mehrheit der Mitgliedstaaten der EU mittlerweile an Kriegen außerhalb ihres Territoriums. Alle 60 Sekunden wird irgendwo auf der Welt ein Mensch durch Waffengewalt getötet. Deutschland ist als drittgrößter Waffenexporteur für viele dieser Toten mitverantwortlich.

DIE LINKE ist die Partei des Friedens. Eine **deutsche Beteiligung an Kriegen lehnen wir genauso strikt ab, wie wir für ein Verbot von Rüstungsexporten und Waffenhandel** eintreten. Um zivile Konfliktlösung zu ermöglichen, müssen die Vereinten Nationen (UN) gestärkt werden, Militärbündnisse, insbesondere die NATO in Systeme kollektiver Sicherheit umgewandelt und Abrüstung endlich radikal betrieben werden.

Deutschland ist hier in der historischen Verantwortung, eine Vorreiterrolle einzunehmen und **die Kampfeinsätze der Bundeswehr sowie die Unterstützung brutaler Unterdrückungsregime mit Waffenlieferungen und militärischem Know-how zu beenden**. Die Öffentlichkeit muss durch die Offenlegung der Wege des Waffenhandels in die Lage versetzt werden, das Agieren der Bundesrepublik realistisch beurteilen zu können.

Die Bundeswehr wirbt gezielt an Schulen um Nachwuchs. Mit dem Angebot kostenfreier Feriencamps, bezahlter Studien- oder Ausbildungsplätze versucht sie besonders die sozialen Lagen von Jugendlichen und deren Familien auszunutzen.

DIE LINKE fordert einen Abzug der Jugendoffiziere von Schulen und Hochschulen und ein **Ende aller Werbemaßnahmen der Bundeswehr**, die auf Minderjährige gerichtet sind.

Abrüstung bedeutet aber nicht nur Veränderungen auf internationaler Ebene. Abrüstung erfordert auch lokale Konzepte der Konversion: Für Beschäftigte der Rüstungsindustrie und Zulieferbetriebe müssen Alternativen geschaffen werden. Für Gelände mit militärischer Nutzung wie den Truppenübungsplätzen im **Droyßig-Zeitzer Forst** und in der **Colbitz-Letzlinger Heide müssen endlich zivile Nutzungs-**

konzepte, beispielsweise im Bereich des Tourismus entwickelt werden. Wir brauchen Konversionsprojekte und nicht den militärischen Ausbau wie bei der „Kampfstadt Schnöggersburg“.

Die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts stellt die Schaffung von Frieden weltweit dar. Unverzichtbar dafür ist die **Unterstützung und Stärkung demokratischer Bewegungen**, wie sie in den nordafrikanischen Ländern, vor allem in Tunesien, und in den Ländern des Nahen Ostens entstanden sind. Eine Besondere Schwierigkeit für Demokratinnen und Demokraten ist es, eine Strategie gegenüber diktatorischen Regimen wie dem Assad-Regime in Syrien zu finden, die die zivile Bevölkerung in Bürgerkriegen bekämpfen. Dieser Herausforderung stellt sich auch DIE LINKE.

Vor der Bundestagswahl 2013

DIE LINKE will 2013 wieder mit einer starken Fraktion in den Bundestag einziehen. Dazu wird der Landesverband Sachsen-Anhalt seinen Beitrag leisten. Wir haben bei der Bundestagswahl 2009 ein überragendes Wahlergebnis mit dem ersten Platz im Land vor der CDU und mit fünf gewonnenen Direktwahlkreisen erreicht. Die SPD wurde mit einem historischen Tief für ihre Agendapolitik abgestraft. Die Ausgangsposition ist heute eine andere. Zudem gibt es mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Piratenpartei auch im Land Konkurrenz um Wählerpotential. DIE LINKE muss sich noch stärker als in den letzten Jahren mit konstruktiven, realistischen und verständlichen Politikangeboten einbringen. **Wir werden um jede Wählerin und jeden Wähler kämpfen, sowohl um die Zweitstimme für unser Politikangebot als auch um die Erststimme in den Direktwahlkreisen für unsere Kandidatinnen und Kandidaten.**

Veränderungen im Interesse von Mehrheiten gibt es nur mit uns. Deshalb bleiben wir dabei: DIE LINKE macht Druck!